

150 Jahre

**LAUENBURGISCHE
GELEHRTENSCHULE**

1845 —

1995

Ein Blick auf unsere Schule und die schulpolitische Landschaft

Die LG - eine lebendige Schule

Vor drei Jahren habe ich die Leitung der Lauenburgischen Gelehrtenschule Ratzeburg übernommen. Die Erwartung, ein Kollegium vorzufinden, in dem – bei aller Individualität der Charaktere, bei aller Verschiedenartigkeit in fachlichen und pädagogischen Fragen – die Bereitschaft besteht, sich fair und sachlich auseinanderzusetzen, Beschlüsse gemeinsam zu tragen, ist nicht enttäuscht worden. Mehr noch: Es gab und gibt ein hohes Maß an Engagement und Innovationsfreude. Ich erwähne die auf freiwilliger Basis stattfindenden Arbeitsgemeinschaften: Sport, Chor und Orchester, Theater, Literatur, Philosophie, Astronomie; ich nenne Planung und Durchführung von Projekttagen und -wochen, Berufspraktika und Berufsinformationstagen, Begegnungen mit unseren Partnerschulen im Ausland, Veranstaltungen zur Verkehrserziehung, die aktive Betreuung von Wettbewerben (Physik- und Mathematikolympiade, Jugend trainiert für Olympia etc.), ich weise hin auf die konstruktive Beteiligung an der Entwicklung der neuen Lehrpläne, insbesondere der Erprobung von Lehrplanbausteinen und der Umsetzung der Oberstufenreform.

Schließlich gehören in diesen Zusammenhang auch die Mitwirkung an der Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren und die (vom Land gewünschte, aber höchst unzureichend geförderte) Bereitschaft, zusätzliche Lehrbefähigungen wie z.B. in Informatik und Wirtschaft/Politik zu erwerben.

Viele weitere Beispiele ließen sich anführen. Die Aufzählung aber reicht, meine ich, um dem immer wieder geäußerten Vorwurf entgegenzutreten, die Schule insgesamt und das Gymnasium im besonderen sei verkrustet, sei nichts anderes als eine Institution reiner Wissensvermittlung.

Nicht zuletzt lassen unsere Schülerinnen und Schüler solche Aussagen fragwürdig erscheinen. Sie werden angesteckt, machen mit, entwickeln ihrerseits Initiativen, entdecken und nutzen Freiräume. Die Bandbreite reicht – und dies ist eine kleine Auswahl – von der Übernahme von Patenschaften für unsere Jüngsten, der Gestaltung von Klassenfesten und Ausschmückung von Unterrichtsräumen über die Einrichtung spezieller Arbeitsgemeinschaften (Foto, Tanz, Politik etc.), die Herausgabe der Schülerzeitung, des "Insulaner", bis hin zu Aktionen für die gesamte Schülerschaft; genannt seien die Podiumsdiskussion und Demonstration zum Thema „Schule trot(z)t Krise“, die Veranstaltungen zum 50. Jahrestag

des Kriegsendes sowie die Umwelttage unter dem Motto „Mit dem Fahrrad in die Schule“.

Auch die Elternschaft engagiert sich in vielfältiger Weise, wirkt mit bei Projektwochen, Klassenfahrten und Exkursionen. Milch- und Brötchenverkauf in den Pausen, Sorge für das leibliche Wohl der Kandidaten bei den Abiturprüfungen sowie die kulinarische Gestaltung der Abschlusssfeiern sind weitere Beispiele. Besonders erwähnt werden soll der Arbeitskreis „Gewalt- und Suchtprävention“, eine Initiative aus dem Jahre 1992, deren Folge u.a. die inzwischen regelmäßig durchgeführten Veranstaltungen zur Suchtprävention sind.

Nicht zuletzt sei hingewiesen auf den „Schulverein“, er zählt mittlerweile fast 700 Mitglieder, und die „Schulmark“, Einrichtungen, die in großzügiger Weise Aktivitäten der Schule finanziell unterstützen, sie teilweise überhaupt erst ermöglichen.

Erwähnt sei abschließend die große Resonanz, die der Spendenaufruf des Vorstandes des Schulelternbeirates zur Gestaltung der Feierlichkeiten zum 150-jährigen Schuljubiläum gefunden hat.

Natürlich weiß ich, daß ich die Lichtseiten unseres schulischen Lebens herausgestellt habe. Ich tue dies bewußt, möchte meine Zeilen verstanden wissen als Ermutigung und Ansporn, sich weiterhin und stets neu zu engagieren, die Schule als lebendigen, dynamischen Erfahrungs- und Gestaltungsraum zu erhalten und weiterzuentwickeln, um, anders ausgedrückt, negativen Tendenzen vorzubeugen und entgegenzuwirken.

Schattenseiten - Erwartungen an Gesellschaft und Politik

Nicht zu leugnen ist, daß es viele Schattenseiten gibt. Ich denke an allgemein-gesellschaftliche Erscheinungen, die auch vor unserer Schultür nicht haltmachen. Zunehmend verzeichnen wir Egoismen, die selbstverständliche Inanspruchnahme von Rechten bei gleichzeitiger Negierung von Pflichten. Für manche Eltern ist Schule ein reiner Dienstleistungsbetrieb: Versäumnisse bei der Erziehung des eigenen Nachwuchses werden der Schule als Versagen angelastet; jede nicht erteilte Stunde wird eingeklagt, der Familienurlaub aber eine Woche vor Ferienbeginn angetreten; schlechte Leistungen des Sprößlings finden ihre Ursache in mangelnder Motivationskraft des Lehrers, fehlender Fleiß oder gar Überforderung werden ausgeschlossen. Zunehmend hat Schule, auch unsere, mit verhaltensauffälligen, damit schwer integrierbaren Kindern zu tun, eine Folge u.a. zerrütteter Ehen, mangelnder Zuwendung.

All diese Probleme kann unsere Schule, kann e i n e Schule nicht lösen. Hier ist die Gesellschaft, ist die Politik gefragt. Eine Spielwiese, auf der man sich nach Lust und Laune betätigt, darf Schule nicht sein. Lernen ist immer auch Anstrengung, ist Erfahrung von Grenzen. Förderung erfolgt wesentlich durch Forderung. Eine therapeutische Anstalt kann Schule nicht sein: Dazu fehlen ihr die sachlichen und personellen Voraussetzungen.

Die Weichen müssen neu gestellt werden. Eine Senkung der Klassenfrequenzen (jetzige Richtzahl: 29), zumindest in der Orientierungsstufe ist dringend geboten. Für die Klassenlehrerinnen bzw. Klassenlehrer sind Verfügungsstunden einzufordern. Unabdingbar erscheinen Schulung und Einstellung von Beratungslehrern. Eine Neuorientierung schließlich muß erfolgen sowohl im Hinblick auf Lehrinhalte als auch auf Ausbildung und Beschäftigung künftiger Lehrkräfte. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus?

„Verschlankung“ ist in jüngster Zeit ein geflügeltes Wort geworden. Man spricht von Verschlankung des Staates, der Wirtschaft, auch der Schule. Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens Schule ist zu steigern, so lautet die Forderung, ohne daß zusätzliche Kosten entstehen. Dies geschieht angesichts wachsender Schülerzahlen, steigender Ansprüche auf möglichst hohe Bildungsabschlüsse, im Wissen um die zunehmende Problematik der Erziehungsinstitution Familie und der allgemeinen Tendenz, Aufgaben der Gesellschaft der Schule zu überantworten: Gewalt- und Drogenprävention, Medien- und Sexualerziehung, Gleichstellung von Frau und Mann, Umweltfragen – die Liste läßt sich fortsetzen.

Ich verhehle nicht, daß es Ansätze gibt, welche die Effizienz schulischer Arbeit steigern, veränderten Leistungsansprüchen in stärkerem Maße gerecht werden könnten. Als Stichworte seien genannt: Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, fächerverbindender und Projektunterricht, Mehrsprachigkeit und bilingualer Unterricht, Autonomie der Schule. Nur werden solche Ansätze konterkariert, wenn sie kostenneutral oder sogar unter dem Zwang von Personaleinsparungen entwickelt werden sollen. Genau dies aber geschieht. Einige Beispiele aus unserem Bundesland seien genannt: Den Lehrkräften wird Mehrarbeit verordnet, das Pensionsalter wird heraufgesetzt, in der Oberstufe kehrt man zum Klassenverband zurück (11. Jahrgang; Richtzahl auch hier: 29 Schüler), die neue Ausbildungsordnung für Referendare beinhaltet eine drastische Erhöhung der Pflichtstundenzahl. Selbst mit besten Examina haben junge Lehrkräfte kaum eine Chance, eingestellt zu werden. Die Folge all dessen sind Überlastung, Resignation und Frustration.

Es liegt mir fern, in den Chor derjenigen einzustimmen, die stets und ausschließlich den jeweils Regierenden die Schuld an Mißständen in der schulpolitischen Landschaft zuweisen. Hier spiegelt sich im Kern eine wenig bildungsfreundliche gesellschaftliche Grunddisposition wider. Folgender Vergleich sollte nachdenklich stimmen: Deutschland gehört in der Europäischen Union zu den Staaten, deren Anteil an Bildungsausgaben, gemessen am Bruttosozialprodukt, mit 4 % weit unter dem Durchschnitt (5,8 %) liegt. Es rangiert damit hinter sog. armen Ländern wie Portugal und Irland (jeweils 5,5 %)¹.

Daß Bildung nicht nur in ideeller, sondern auch in materieller Hinsicht ein kostbares Gut ist und damit finanzieller Anstrengungen bedarf - diese Einsicht muß wachsen und sich politisch Geltung verschaffen.

Ich weiß, daß dies ein schwieriger Prozeß ist, welcher die Überzeugungsarbeit vieler erfordert. Ich hoffe, daß es gelingt, etappenweise dem Ziel näherzukommen, Schritt für Schritt die schulpolitische Landschaft aufzuhellen. Resignation darf nicht um sich greifen, Anspruchsdenken nicht bestimmend werden.

Unsere Schule hat eine lange Tradition.

Wie sehr auch immer dieses Wort angesichts der Wechselfälle der Geschichte zu hinterfragen ist – vielleicht sind eher Brüche als Charakteristikum anzusehen – eines scheint mir kennzeichnend zu sein: das Gefühl oder gar das Bewußtsein dazu zu gehören, Teil der Gemeinschaft der Lauenburgischen Gelehrtenschule zu sein. Erinnerungen prägen.

Ich hoffe und wünsche, daß die LG auch weiterhin eine Schule sein wird, zu der die Verbindungen nicht abreißen, eine Schule, die getragen ist vom Engagement der Lehrkräfte, der Schülerinnen und Schüler und der Elternschaft – eine lebendige Schule.

Jürgen Zschiesche

¹ Education at a Glance. OECD Indicators. Paris 1993, S. 66

Quo vadis, Lauenburgische Gelehrtenschule ?

Vehementer Streit um die Zukunft der LG:

Schulteilungspläne - Abgabe der Schulträgerschaft - Errichtung eines Gymnasiums in Mölln oder einer Gesamtschule im Nordkreis

Als der Kreisausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg in seiner Sitzung am 21.12.1992 einstimmig entschied, bezüglich der Zukunft der LG die Verwaltung zu beauftragen, „Verhandlungen mit den Städten Ratzeburg und Mölln hinsichtlich der Übertragung der Schulträgerschaft aufzunehmen“, da platzte die Bekanntgabe dieses Beschlusses wie eine Bombe in die bildungspolitische Situation des Nordkreises. Der Wunsch des Kreises, die LG – wie schon zuvor die Gymnasien in Wentorf und Schwarzenbek – aus seiner Schulträgerschaft zu entlassen, um sie einem neuen Schulträger zu übertragen, enthält ein erhebliches Maß an schulpolitischer Brisanz, denn dahinter verbergen sich Fragen nach einer möglichen Schulteilung der LG, der Errichtung eines Möllner Gymnasiums oder aber einer Gesamtschule im Nordkreis. Die gesamte Schullandschaft im Norden des Herzogtums Lauenburg kann durch diesen Beschluß möglicherweise entscheidend verändert werden - und entsprechend gehen je nach Standpunkt die Wogen in der Diskussion um den Königsweg bei den zu fällenden Entscheidungen hoch.

Worum geht der Streit im Kern, und warum scheint ein tragfähiger Kompromiß zwischen den Kontrahenten zum jetzigen Zeitpunkt in weiter Ferne zu sein? Der Hintergrund zum Verständnis dieser seit zwei Jahren vehement diskutierten Schulfrage wird unter anderem durch den Wunsch des Kreises Herzogtum Lauenburg als dem bisherigen alleinigen Schulträger erklärbar, die LG als kostenintensive Schule – sie ist mit ihren z. Zt. etwa 1170 Schülern das größte Gymnasium des Landes Schleswig – Holstein – an einen neuen Schulträger (gedacht ist an die Städte Ratzeburg und Mölln) zu übertragen, um bei seiner äußerst angespannten Finanzsituation Kosten einsparen zu können. Diese Absicht des Kreises wird nach Ansicht des Leitenden Kreisverwaltungsdirektors Jann Uwe Petersen durch die Entwicklung der zukünftigen Schülerzahlen unterstützt. Eine bis zum Jahre 2015/16 reichende Analyse des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein prognostiziert für die nächsten Jahre im Lande eine rasante Steigerung der Schülerzahlen bis zu 31%, so daß für das Jahr 2007/08 eine Schülerzahl an der LG von 1530 zu erwarten sein werde. Diese voraussehbare, deutlich ansteigende Schülerentwicklung mache mindestens eine Siebenzügigkeit der LG unausweichlich und damit werde eine Betriebsgröße erreicht, die die LG bei der vorhandenen räumlichen Ausstattung überfordere und einen Schulneubau unabdingbar mache, der

nicht durch einen Anbau von Klassenräumen bei der LG in Ratzeburg, sondern in Mölln in Form einer Außenstelle der LG oder als ein selbständiges Gymnasium entstehen könne.

Ministerialrat Fritz Kosnick, zuständiger Dezernent für die Gelehrtenschule und Vertreter des Kieler Ministeriums für Frauen, Bildung, Jugend und Kultur, vertritt die Auffassung, daß in bezug auf eine Teilung der LG und eine mögliche Schulform wie die des Gymnasiums oder einer Gesamtschule die von der SPD geführte Landesregierung keine Vorgaben machen werde. Seine Meinung ist, daß die stark anwachsenden Schülerzahlen einen Massenbetrieb erwarten ließen, der pädagogisch nicht mehr zu vertreten sei. Daher sei für ihn die Errichtung einer Außenstelle der LG in Mölln oder auch die Schaffung eines sich daraus entwickelnden, später eigenständigen Gymnasiums die logische Folge. Historische Motive aus der 150-jährigen Tradition der Schule will Fritz Kosnick nicht gelten lassen, denn für ihn gebe es „keine Traditionsbewahrung unter Massenaspekten von Schülerzahlen“.

Bürgermeister Joachim Dörfler aus Mölln vertritt den Standpunkt, daß es ein langgehegter Wunsch seiner Stadt als Mittelzentrum sei, über eine gymnasiale Präsenz zu verfügen, zumal über 50% der LG-Schüler aus dem unmittelbaren Einzugsbereich der Stadt Mölln kommen. Ziel der Stadt Mölln sei es ursprünglich gewesen, zusammen mit Ratzeburg und eventuell den Umlandgemeinden einen Schulverband zu bilden und eine Außenstelle der LG mit der Sekundarstufe I, d.h. mit den Klassenstufen 5-10, zu errichten. Die Bildung einer reinen Orientierungsstufe, d. h. der Klassen 5 und 6, ohne Fortführung dieser Klassen in die Mittelstufe lehne Mölln strikt ab. Als Standort habe man ein Gebiet in Mölln-Nord ins Auge gefaßt. Für die neue Schule seien im Haushalt der Eulenspiegelstadt Mittel in Höhe von DM 6 Millionen für das Jahr 1996 bereitgestellt. Da zwischenzeitlich die Stadtvertretung Ratzeburgs eine gemeinsame Schulträgerschaft zusammen mit Mölln für die LG und eine Möllner Zweigstelle abgelehnt hat, hat die Stadtvertretung Möllns die Einrichtung eines eigenständigen Gymnasiums bei dem zuständigen Kieler Ministerium beantragt. Eine Entscheidung hierüber ist bis zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Festschrift noch nicht gefallen.

LG-Schulleiter OStD Jürgen Zschiesche plädiert im Hinblick auf die lange Tradition der LG für eine Fünf- bzw. in einer Übergangszeit für eine Sechszügigkeit der Schule. Er lehnt eine Teilung der LG zum jetzigen Zeitpunkt ab, da nach seiner Auffassung nur eine zahlenmäßig große Schule das breitgefächerte Bildungsangebot im Bereich der Fremdsprachen, der Musik, des Sports, der AGs und der Wahlmöglichkeiten in der Studienstufe ermögliche. Eine Schulteilung würde nach seiner Ansicht den spezifischen Charakter der Schule in bezug auf die Bandbreite des Bildungsangebotes deutlich verändern. Er bezweifelt die zwingende Stichhaltigkeit der statistischen Schülerzahlenentwicklung,

zumal Zahlen über einen Zeitraum von 20 Jahren von vielen Imponderabilien abhängig seien. Ein jetzt schon absehbar deutlicher Rückgang der Schülerzahlen unter die jetzige Größenordnung sei ab dem Jahre 2003 nach Aussage der Schülerzahlenstatistik zu erwarten und diese Tendenz könne bei einer jetzigen Teilung der LG den Gymnasialschulstandort Ratzeburg ernsthaft gefährden. Der Schulleiter fordert vom Schulamt des Kreises Herzogtum Lauenburg eine spezielle und substantiierte Prognose über die Schülerzahlenentwicklung im Nordkreis, die nicht die Erhebung des schleswig-holsteinischen Statistischen Landesamtes allgemein zur Grundlage habe, sondern die regionalen, auf den Einzugsbereich der Gelehrtenschule bezogenen Daten berücksichtige. Er sieht eine Idealgröße in der Fünfüzigkeit, ist aber bereit, für eine absehbare Übergangszeit eine höhere Schülerzahl zu akzeptieren. J. Zschiesche würde allenfalls der Errichtung einer zusätzlichen Orientierungsstufe in Mölln als Außenstelle der LG zustimmen und spricht sich für die Beibehaltung der Schulträgerschaft durch den Kreis aus, die zudem aus historischen Gründen eine Tradition besitze, die man nicht ohne zwingende Notwendigkeit beenden sollte.

Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft wurden ebenfalls um ihre Meinung befragt und lehnen mehrheitlich eine Schulteilung zum jetzigen Zeitpunkt ab. Das Lehrerkollegium verweist auf den Umstand, daß sich die Schülerzahl der LG in den 80er Jahren schon einmal auf nahezu 1.500 belief und man diese Zahl verkraftet habe. Man sei bereit, für eine Übergangszeit eine ähnliche Belastung auf sich zu nehmen. Eine Minderheit in Lehrerkollegium, in der Eltern- und in der Schülerschaft plädiert für eine Schulteilung, da die LG in den kommenden Jahren deutlich zu groß werde, räumlich aus allen Nähten platze und gerade auch an kleineren Schulen effektiv gelernt, vernünftig gearbeitet und pädagogisch sinnvoll gewirkt werden könne. Vertreter dieser Auffassung argumentieren, daß die einzelnen Schüler in einer zahlenmäßig zu großen Schule ihre persönlichen Bezugspunkte verlieren und in der Anonymität zu wenig Beachtung finden könnten.

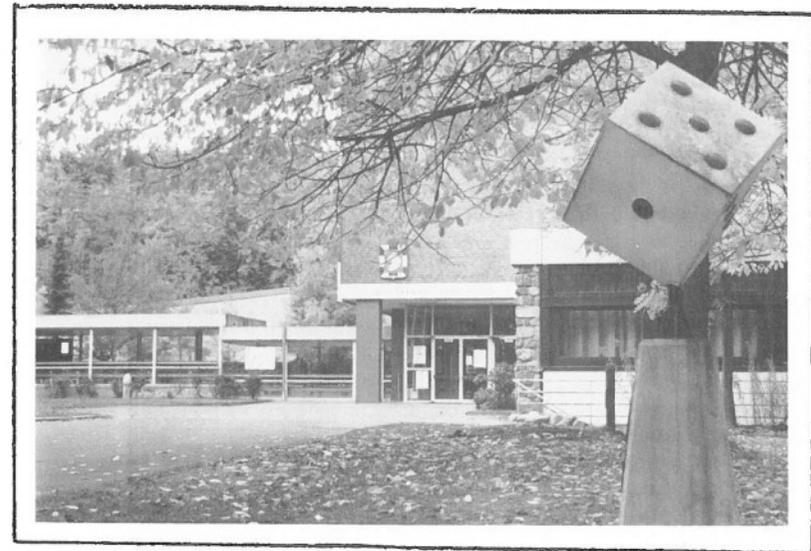
Eine weitere Minderheit spricht sich für die Errichtung einer Gesamtschule in Mölln aus, weil diese Schulform keine Konkurrenz für die LG, sondern eine alternative Schulform darstelle. Durch die unterschiedliche Schülerzusammensetzung in einer Gesamtschule sei die LG in ihrem Bestand nicht gefährdet, wobei allerdings die Folgen für die Haupt- und Realschulen im Nordkreis untersucht werden müßten. Die Schulkonferenz der LG fordert, daß vor folgenschweren Entscheidungen eine verlässliche Prognose über die Entwicklung der Schülerzahlen im Einzugsbereich der LG erstellt wird, daß die schulpolitischen Entwicklungen und Entscheidungen (Auswirkungen der neuen Oberstufenverordnung; Entscheidung der Kultusministerkonferenz über die Frage der 12- bzw. 13-jährigen Schulbesuchsdauer bis zum Abitur) abgewartet werden und daß

die Problematik der Errichtung einer Gesamtschule im Nordkreis des Herzogtums Lauenburg geklärt wird. Der Streit um die Zukunft der LG zeigt sich im Spiegel der Presse :

Jetzt geht's um Gesamtschule
 Lübecker Nachrichten, 15.10.94, S. 15
 SPD und Grüne setzen eine Umfrage im Kreisnorden durch

Bahnt sich ein Schulstreik ohne Ende an?
 Markt zum Sonntag, 22.10.94, S. 14
 Lauenburgische Gelehrtenschule - was nun?

Vehementer Parteienstreit um die Zukunft der LG
 Ratzeburger/Möllner Markt, 19.10.94, S. 1
 Steht die Lauenburgische Gelehrtenschule nach dem jüngsten Kreistagsbeschuß zur Disposition?



Kontroverse um die Zukunft der Lauenburgischen Gelehrtenschule spitzt sich zu
 Ratzeburger/Möllner Markt 19.10.94, S. 17
 Umfrage an der Lauenburgischen Gesamtschule

Schulleitungspläne für die Lauenburgische Gelehrtenschule nehmen konkrete Formen an: Sind die Würfel längst gefallen?

Lehrerschaft der Lauenburgischen Gelehrtenschule gegen Schulleitungspläne
 Ratzeburger Markt, 15.10.94, S. 3

Markt zum Sonntag, 8.10.94, S. 1

Gegen Gymnasium in Mölln
 Lübecker Nachrichten, 27.11.93, S. 13
 Umfrage an der Lauenburgischen Gelehrtenschule in Ratzeburg

Der Konflikt um die Zukunft der Lauenburgischen Gelehrtenschule hat sich naturgemäß zu einem Streit zwischen den politischen Parteien entwickelt, in dem es in der Vergangenheit in den unterschiedlichen Gremien aufgrund der z. T. diametral entgegengesetzten Auffassungen zu einem intensiven Schlagabtausch kam. Neben der Problematik einer Schulteilung und der möglichen Errichtung eines Möllner Gymnasiums spielt die Frage der Einrichtung einer Gesamtschule eine entscheidende Rolle. Der Antrag der Möllner SPD, in Mölln eine Elternbefragung zum Thema Gesamtschule durchzuführen, wurde durch die Stadtvertreterversammlung mit knapper Mehrheit durch die CDU, FMW (Freie Möllner Wählergemeinschaft) und eine SPD-Stimme abgelehnt und der Beschluß zur Beantragung der Errichtung eines eigenständigen Gymnasiums verabschiedet. Der Kreistag sprach sich hingegen mit seiner Mehrheit von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen dafür aus, den Elternwillen zur Frage der Gesamtschule nunmehr seinerseits durch das Kreisschulamt im Einzugsbereich der LG feststellen zu lassen. Über die rechtliche Zulässigkeit dieses Antrags gehen die Meinungen der Parteien weit auseinander. Die Vertreter der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen werfen der CDU und F.D.P. vor, eine Feststellung des Elternwillens über die Gesamtschule zu unterlaufen, um eine von ihnen ungeliebte Schulform im Nordkreis zu verhindern. CDU und F.D.P. wiederum kritisieren die SPD und Bündnis 90 / Die Grünen und werfen ihnen vor, die in Mölln parlamentarisch gefällte Mehrheitsentscheidung nicht zu akzeptieren und ihrerseits unterlaufen zu wollen.

Der Streit um die Errichtung einer Gesamtschule in Mölln anstelle eines Gymnasiums oder um die zeitweise heftig diskutierte Frage einer möglichen teilweisen Umwandlung der LG in eine Gesamtschule hält zur Zeit mit unverminderter Schärfe an, wobei allen Beteiligten klar ist, daß sachgerechte Entscheidungen auch immer die Belange der Haupt- und Realschulen im Nordkreis angemessen berücksichtigen müssen.

Die Aussicht auf eine mögliche Schulteilung hat die alte Rivalität zwischen den Städten Ratzeburg und Mölln erneut aufleben lassen. Die Stadt Ratzeburg hat sich zur ungeteilten Übernahme der Schulträgerschaft für die LG bereit erklärt, besitzt aber wegen ihrer schwachen Haushaltslage nicht genügend Geld und wäre ohne einen entsprechenden Ausgleich durch den Kreis finanziell völlig überfordert. Die Stadt Mölln sieht hingegen auch von finanzieller Seite her die Möglichkeit, den seit langem geäußerten Wunsch nach einer gymnasialen Präsenz in ihren Stadtmauern realisieren zu können und ist zu einer Übernahme der Schulträgerschaft eines zukünftigen Möllner Gymnasiums bereit. Aus Möllner Sicht wäre damit auch die Problematik der Schülerbeförderung deutlich entschärft. Die Frage nach dem Standort eines Gymnasiums spielte schon um das Jahr

1960 in der kommunalpolitischen Diskussion eine große Rolle, als die LG von ihrem alten Domizil, dem heutigen Ratzeburger Rathaus, in das Gelände „Am Fuchswald“ umzog. Damals erhielt Ratzeburg aus historischen Gründen den Neubau des Gymnasiums und die Stadt Mölln bekam als Ausgleich die Beruflichen Schulen mit dem Schwerpunkt auf der beruflichen Bildung, wobei die Möglichkeit zum Erreichen eines jeglichen Schulabschlusses bis hin zum Abitur durch die Fachoberschule gegeben ist. So ist ausgerechnet im Jahr des 150-jährigen Jubiläums der Gelehrtenschule die Frage ihrer Zukunft weiterhin umstritten und ungeklärt. Neben der Streitfrage um die Errichtung einer Gesamtschule wird nach Aussage der Kieler Staatssekretärin Gyde Köster (SPD) zur Zeit geprüft, ob die LG und eine zukünftige Möllner Schule bei einer Schulteilung auf Dauer über die nächsten 15 Jahre hinaus „eine hundertprozentige Lebenschance“ hätten. Ob und wann eine Entscheidung über das Schicksal der Gelehrtenschule gefällt wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig offen.

Hartwig Fischer

